F+ KRIEGSENDE 1945 IM NAHEN OSTEN

# Beginn eines neuen Dilemmas

GASTBEITRAG **von Jens Hanssen**

04.05.2025, 10:12 Lesezeit: 10 Min.

**Mit der Niederlage der Achsenmächte in der ägyptischen Wüste drehten sich die Spannungen im Mittelmeer zunehmend um die Nachkriegsordnung im Nahen Osten. Von Algerien bis Palästina hatten die Araber ihren Unabhängigkeitskampf gegen Frankreich und Großbritannien der Faschismusbekämpfung nachgeordnet. Das änderte sich vom 8. Mai 1945 an.**

Zur App

Am 9. Mai 1945 lud Beiruts große Salonière Maud Farajallah zu einer rauschenden *garden party* ein, um das Kriegsende zu feiern. In ihre Villa, seit 1963 Sitz des Orient-Institut Beiruts, kamen an diesem Freudentag Persönlichkeiten und Politiker sämtlicher Konfessionen des Landes und Offiziere der britischen Armee. Die

Partygäste sprachen darüber, dass für die beiden Nachbarländer Syrien und Palästina der Krieg noch nicht vorbei, der kleine Libanon aber vom Krieg relativ verschont geblieben sei, und dass das Land immerhin die Unabhängigkeit von Frankreich erreicht habe.

Das östliche und südliche Mittelmeer war bis zur Schlacht von El-Alamein im November 1942 ein zentraler Schauplatz im Zweiten Weltkrieg. Ägypten war die Verteidigungsfront der Alliierten, Kairo ihre Koordinationszentrale und der Suezkanal die Versorgungsarterie gegen die Achsenmächte. Das faschistische Italien wollte sich, über seine Kolonialansprüche in der Adria und Libyen hinaus, im Mittelmeer noch weiter ausbreiten, wo sich seit den Achtzigerjahren des neunzehnten Jahrhunderts verschiedene Formen des französischen und britischen Kolonialismus etabliert hatten.

## Die weltumspannende Struktur der Stellvertreterkriege

Seit der Fertigstellung der neuen Pipeline-Endstationen im libanesischen Tripoli und Haifa in Palästina am Ende der Dreißigerjahre wurde die Levante eine Lebensader für die Erdölzufuhr aus dem britisch kontrollierten Irak. So blieb das Mittelmeer auch nach „Tunisgrad“ am 13. Mai 1943 und dem Ende des U-Bootkrieges am 19. September 1944 von enormer geopolitischer Bedeutung. Daher traf sich der todkranke US-Präsident Roosevelt am 14. Februar 1945 auf dem Rückweg von Jalta auf seinem Schiff im Suezkanal mit dem saudischen König Abdul Aziz Ibn Saud. Für Roosevelt ging es um Erdöl. Für Ibn Saud um Palästina.

Mit der Niederlage der Achsenmächte in der ägyptischen Wüste drehten sich die Spannungen im Mittelmeer zunehmend um die Nachkriegsordnung im Nahen Osten. Von Algerien bis Palästina hatten die Araber ihren eigenen Unabhängigkeitskampf gegen Frankreich und Großbritannien hinter den Primat der Faschismusbekämpfung gestellt. Vom 8. Mai 1945 an verlangten sie Gegenleistungen. Das Kriegsende bedeutete für alle kolonisierten Völker, ihre Unabhängigkeit mal mehr, mal weniger bedingungslos einzufordern. So entwickelte sich der Kalte Krieg schnell zu einer weltumspannenden Struktur der Counter-Insurgency und der Stellvertreterkriege.

## Mit Vernunft, Moral oder Recht nicht zu erreichen

Am 8. Mai 1945 gingen Tausende Algerier auf die Straßen, um Unabhängigkeit für ihr Land zu fordern. Im Zweiten Weltkrieg hatten rund 300.000 Araber in alliierten Armeen gedient, davon 135.000 Algerier, die sich besonders beim Italienfeldzug und der Rückeroberung Südfrankreichs auszeichneten. General Charles de Gaulle hatte 1942 Algeriern mehr Selbstbestimmung versprochen und ein Jahr später Algier zur Hauptstadt des „Freien Frankreichs" gemacht. Doch die *pieds noirs*, die französischen Siedler, drohten de Gaulle mit Gewaltanwendung, und das Autonomieversprechen wurde für die Dauer des Krieges „vergessen".

Als die Algerier von der deutschen Kapitulationserklärung vom 7. Mai in Reims erfuhren, wollten sie dieses Versprechen einlösen. In den Provinzstädten Sétif und Guélma, im Departement Constantine zwischen Mittelmeerküste und tunesischer Grenze, schossen die französische Polizei, die Armee und Siedlermilizen auf Demonstranten. Aufgebrachte Algerier töteten daraufhin mehr als einhundert Siedler in den umliegenden Gebieten. Als Antwort schlachteten diese in drei Pogromwochen mehr als 15.000 Algerier ab. Der Historiker Claus Leggewie führte in dieser Zeitung aus, dass das Massaker von Sétif das Signal für die algerischen Freiheitskämpfer der FLN und viele andere antikoloniale Nationalisten in Asien und Afrika war, dass Europäer nicht mit Vernunft, Moral oder Recht, sondern nur mit Gewalt zu erreichen wären.

## Iintrige gegen die französische Mandatsverwaltung

Wie in Nordafrika war auch der Krieg in den französischen Mandatsgebieten Syrien und Libanon militärisch schon lange vor der deutschen Kapitulation entschieden. Kurz nachdem Großbritannien den irakischen Aufstand vom April 1941 niederschlug, setzten britische und freie französische Truppen nach harten Gefechten die Vichy-Administration in Beirut ab. Die Erdölversorgung der Alliierten war wieder gesichert, und de Gaulle stellte auch in der Levante Unabhängigkeit in Aussicht.

Die Einigkeit zwischen Winston Churchill und Charles de Gaulle währte nicht lange. Churchills Mann in Beirut, Edward Spears, intrigierte mit libanesischen Nationalisten aus dem Kreis um seine enge Freundin Maud Farajallah gegen die

französische Mandatsverwaltung. Im November 1943 unterzeichnete de Gaulle widerwillig die libanesische Unabhängigkeitserklärung.

## Es blieb ihnen eine bange Hoffnung

Die Befreiung in Syrien war schwieriger. Während die syrische Delegation auf der Gründungskonferenz der UNO in San Francisco eloquent auf ihrem nationalen Selbstbestimmungsrecht beharrte, ließ de Gaulle drei Wochen nach dem Sétif-Massaker auch noch Damaskus bombardieren. Die „Levante-Krise" wurde erst gelöst, als Churchill Truppen nach Damaskus schickte. Syrien wurde am 17. April 1946, ohne de Gaulles Zustimmung, unabhängig.

Die wachsende britisch-französische Rivalität half den Palästinensern dagegen nicht zur Unabhängigkeit. Dabei hatten den palästinensischen Historikern Bayan al-Hout und Mustafa Abbasi zufolge zwischen 12.000 und 17.000 Palästinenser in der britischen Armee gedient, um in Europa den Faschismus zu besiegen. Es blieb ihnen die bange Hoffnung, dass sich die Großmächte nach dem Krieg an völkerrechtliche Verpflichtungen halten würden.

## Neue Orte arabisch-jüdischer Arbeiterverbrüderung

Als der Krieg Palästina erreichte, war die Gesellschaft gespalten, und die Wirtschaft lag am Boden. In den Dreißigerjahren hatte die britische Regierung die einheimische Landwirtschaft bewusst vernachlässigt und damit den massiven Landkauf der Jewish Agency ermöglicht. Der Besuch der Peel-Kommission im Jahr 1936, die erstmalig eine Teilung Palästinas vorsah, führte zunächst zu einem Generalstreik und dann zu einem Volksaufstand, der drei Jahre lang anhielt. In dessen Verlauf tötete die britische Armee mithilfe zionistischer Sicherheitskräfte rund zehn Prozent der erwachsenen Palästinenser, verwundete oder inhaftierte sie und deportierte deren politische Führung.

Kurz vor Kriegsausbruch konnten palästinensische Diplomaten in London noch die Teilung ihres Landes verhindern. Das Weißbuch von 1939 versprach, jüdische Einwanderung zu drosseln und palästinensischen Grundbesitz besser zu schützen. Der Krieg kurbelte dann auf erstaunliche Weise die Wirtschaft in Palästina an. Zehntausende Araber und Juden fanden Lohnarbeit in Fabriken und Werkstätten,

die in Windeseile hochgezogen wurden. Die britische Kriegsindustrie führte zwar zu einer Proletarisierung der palästinensischen Gesellschaft, sie schaffte aber auch neue soziale Orte der arabisch-jüdischen Arbeiterverbrüderung. Die kommunistische Partei Palästinas erlebte eine Blütezeit.

## 23.000 Holocaust-Überlebende meldeten sich zum Dienst an der Waffe

Weitaus mehr jüdische als palästinensische Soldaten dienten in der britischen Armee. Viele Zionisten hatten sich schon vor dem Krieg zum Dienst gemeldet, um den palästinensischen Volksaufstand niederzuschlagen, oder sie wurden in britischen Interventionen gegen Frankreich in Libanon und in Syrien eingesetzt.

Nach dem Krieg rekrutierten zionistische Milizen Insassen der Displaced-Persons-Lager massiv zum Militärdienst, insbesondere in der amerikanischen Zone in Deutschland, wo sich Ende 1945 noch eine Viertelmillion jüdische Holocaust-Überlebende aus Osteuropa befanden. Zionisten übten dort enormen psychologischen und wirtschaftlichen Druck auf die Überlebenden aus, sich „freiwillig“ zu melden. Sie machten die Araber zu den „neuen Nazis“ in einem „Nachkriegskrieg“, den sie als Überlebenskampf für das jüdische Volk als Ganzes darstellten. Bis zum Ende des Krieges um Palästina meldeten sich insgesamt 23.000 Holocaust-Überlebende zum Dienst an der Waffe.

## Die Nachbarstaaten blieben wieder untätig

Churchills Nachfolger, Clement Attlee, hielt zunächst an dem Weißbuch von 1939 fest. Diese Haltung sollte sich ändern, als der neue US-Präsident Truman bei der Potsdamer Friedenskonferenz im Juli 1945 wirtschaftlichen Druck auf die Attlee-Regierung ausübte, die Einwanderungsbeschränkungen aufzuheben. Um Zeit zu gewinnen, schlug Attlee eine weitere Palästina-Kommission vor. Die angloamerikanische Untersuchungsreise, die von Februar bis März 1946 Anhörungen und schriftliche Aussagen jüdischer und arabischer Repräsentanten in London, Kairo und Jerusalem aufnahm, sprach sich in ihrem Abschlussbericht einerseits gegen eine Teilung und andererseits für eine begrenzte jüdische Besiedlung Palästinas aus. Es war die erste Kommission, die die Lösung der „Palästinafrage“ mit dem Holocaust verband.

Als der UN-Sicherheitsrat am 29. November 1947 für die Teilung Palästinas stimmte, sprach er der Siedlergesellschaft siebenundfünfzig Prozent des Landesgebiets zu, obschon die Araber in ganz Palästina eine Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung stellten und im vorgesehenen jüdischen Staat ebenso viele Palästinenser wie Juden leben sollten. Die palästinensische Zivilgesellschaft rief abermals einen Generalstreik aus, und Aktivisten griffen zu den Waffen, in der Hoffnung, dass die umliegenden arabischen Länder sie unterstützen würden. Aber wie in den Dreißigerjahren blieben die Nachbarstaaten wiederum untätig. Schließlich kontrollierte Großbritannien immer noch Ägypten, Jordanien und den Irak.

## Zu spät, zu unkoordiniert und von zu geringer Schlagkraft

Diese Passivität wurde unhaltbar, als zionistische Milizen von März 1948 an Gebiete zwischen Jerusalem und Tel Aviv angriffen, die der UNO-Teilungsplan dem zukünftigen arabischen Staat zugewiesen hatte. Wenige Tage nach der Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai überquerten arabische Wehrpflichtige und Freiwillige doch noch die Grenzen nach Palästina; circa 4500 aus Jordanien, 2500 aus Syrien, viertausend aus dem Irak und zehntausend aus Ägypten, um zumindest Jerusalem zu schützen und die zionistischen Kräfte hinter die festgelegten Teilungslinien zurückzudrängen.

Dieser Einsatz war zu spät, zu unkoordiniert und von zu geringer Schlagkraft. Drei Viertel der etwa eine Million Menschen umfassenden palästinensischen Gesamtbevölkerung waren am Ende des Palästinakrieges auf der Flucht. 711.000 waren bei der UN-Krisenhilfeorganisation registriert. Nur 150.000 Palästinenser verblieben im heutigen Israel, ein Fünftel davon als Binnenvertriebene. Zur Geschichte der Entrechtung des palästinensischen Volks seit 1948 – arabisch: „Nakba“ – gehören auch die Zerstörung Hunderter Dörfer, die Beschlagnahmung und Plünderung palästinensischen Eigentums, von Bibliotheken und Kulturerbestätten in großem Stil sowie das Einfrieren der Bankkonten der Palästinenser.

## Keine Verantwortung für den palästinensischen Exodus

Die UNO-Resolution 194 vom 11. Dezember 1948 stellte den israelischen Premierminister David Ben Gurion und sein Kabinett vor ein großes Problem: Die UNO-Vollversammlung bestand auf dem Rückkehrrecht der palästinensischen

Kriegsflüchtlinge, und viele UNO-Diplomaten und Regierungschefs verlangten, dass Israel die seit dem Teilungsplan von 1947 eroberten Gebiete an den designierten arabischen Staat zurückgeben sollte. Die israelische Regierung war aufgefordert, 250.000 Palästinenser zu repatriieren.

Bis zur Aufnahme Israels in die UNO am 11. Mai 1949 verhandelte Ben Gurion noch um die genaue Zahl der Rückkehrer. Danach ging die israelische Diplomatie international mit dem Mythos hausieren, dass Israel keine Verantwortung für den palästinensischen Exodus trage. Im Inland begann die Regierung Strategien umzusetzen, um die Rückkehr zu verhindern und die verbliebenen Palästinenser zu entrechten.

## Die Zahl der staatenlosen Palästinenser verdreifachte sich

Einerseits wurden Rückkehrer zurückgewiesen oder als „Eindringlinge“ erschossen. Andererseits leitete die Regierung im November 1948 eine Volkszählung ein, die darauf abzielte, die palästinensische Gesellschaft „auszudünnen“, denn sie war die Grundlage für die Verteilung von Ausweispapieren. Während die jüdischen Einwohner ihre Ausweise so schnell wie technisch möglich erhielten, mussten die Palästinenser wochen-, monate- und jahrelang auf ihre Papiere warten. Dieses manipulierte Registrierungsverfahren trug dazu bei, dass viele Palästinenser keinen Zugang zu Lebensmittel- und Kleiderrationen hatten und ihnen Führerscheine, Heiratserlaubnisse und das Wahlrecht verweigert wurden.

In dieser Zeit reichte Ben Gurions Regierung in der Knesset umstrittene Gesetzesvorschläge zur jüdischen Staatsbürgerschaft und israelischen Nationalität ein, um die größtmögliche Zahl von palästinensischen Einwohnern im Staat Israel auszuschließen. So legte das israelische Rückkehrgesetz von 1950 fest, dass jeder einwandernde Jude automatisch Anspruch auf die Staatsbürgerschaft hat. Umgekehrt machte das Nationalitätsgesetz von 1952 jeden in Israel wohnhaften Palästinenser staatenlos und deportierbar, der nicht nachweisen konnte, dass er sich a) rechtzeitig in die Volkszählungslisten eingetragen hatte, b) die Mandatsstaatsbürgerschaft besessen hatte und c) nach dem 14. Mai 1948 nicht umgezogen war. Bis zur Aufhebung des israelischen Kriegsrechts im Jahr 1966 verdreifachte sich so die Zahl der staatenlosen Palästinenser in ihrer Heimat auf 60.000.

## Der Mythos einer libanesischen Handelsrepublik

Das Kriegsende wurde in arabischen Städten zwar gefeiert. Aber es waren noch alte Rechnungen offen. Wegen ihres mangelhaften Einsatzes im Palästinakrieg wurden britisch kontrollierte Monarchien von republikanischen Armeeoffizieren gestürzt. So geschah es in Ägypten 1952 und im Irak 1958, was die Verstaatlichung des Suezkanals und der irakischen Ölfelder zur Folge hatte. Die CIA zettelte 1949 in Syrien und 1953 in Iran Coups gegen demokratisch gewählte Regierungen an. Algerien erzielte erst 1962, nach einem acht Jahre langen blutigen Befreiungskampf, seine Unabhängigkeit.


MEHR ZUM THEMA

F+ GEDENKEN AN DEN 8. MAI

**Der Sieger von damals ist jetzt der Feind**

KOLONIALGESCHICHTE

**Der andere 8. Mai 1945**

F+ KRIEGSENDE VOR 80 JAHREN

**Der gute Tag der Niederlage**


Von den Abrechnungen mit der alten Ordnung profitierten vornehmlich die Vereinigten Staaten, die zunächst ganz auf arabisches und iranisches Erdöl setzten, um die Weltwirtschaft anzukurbeln und sie zu dominieren. Präsident Roosevelt erkannte früh, dass das „Schwarze Gold“ im Nahen Osten nicht nur der Schlüssel zum Sieg gegen Nazi-Deutschland war, sondern auch, dass ARAMCO, ein 1944 gegründeter Zusammenschluss von amerikanischen Ölfirmen, die die saudische Produktion kontrollierten, der Hebel zur amerikanischen Weltmachtergreifung werden könnte. Ebenfalls 1944 stellte Roosevelt auch mit der Währungsordnung von Bretton Woods und dem Angloamerikanischen Ölabkommen die Weichen für die Beendigung der globalen Pfund-Sterling-Dominanz sowie für den Wiederaufbau Westeuropas. Der Marschall-Plan von 1948 bis 1952 entwickelte die europäischen Märkte für dollarisierte Produkte und Energieversorgung. Von etwa dreizehn Milliarden Dollar amerikanischer Entwicklungshilfe gaben westeuropäische Staaten zehn Prozent für araboamerikanisches Erdöl aus.

Maud Farajallahs „kleiner Libanon“ profitierte besonders von den *trente glorieuses* der petro-dollarisierten Nachkriegszeit. Die Ölleitung „Tapline“ der ARAMCO, die von 1950 bis zum Bürgerkrieg 1975 Erdöl aus Saudi-Arabien über die südlibanesische Hafenstadt Sidon nach Europa pumpte, machte den Mythos einer libanesischen Handelsrepublik möglich. Das Land der Zedern blühte zu einem internationalen Banken- und Finanzzentrum auf, bis Israel die übrig gebliebenen palästinensischen Gebiete im Juni 1967 besetzte und eine neue Generation von Vertriebenen Beirut den antikolonialen Ruf eines arabischen Hanois verlieh.

***Jens Hanssen*** *ist Direktor des Orientinstituts Beirut OIB.*

Quelle: F.A.Z. Artikelrechte erwerben

Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2025
Alle Rechte vorbehalten.